

GLOBALER MILITARISIERUNGSINDEX 2020

Max Mutschler, Marius Bales \ BICC



bicc

ZUSAMMENFASSUNG

Der Globale Militarisiserungsindex (GMI) des BICC bildet alljährlich das relative Gewicht und die Bedeutung des Militärapparats von Staaten im Verhältnis zur Gesellschaft als Ganzes ab. Der GMI 2020 umfasst 151 Staaten und basiert auf den aktuellsten vorliegenden Zahlen, in der Regel sind das die Daten des Jahres 2019. Der Index wird durch das Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) gefördert. Die zehn Staaten, die dem Militär im Verhältnis zu anderen gesellschaftlichen Bereichen besonders viele Ressourcen zur Verfügung stellten, sind im diesjährigen GMI-Ranking Israel, Armenien, Oman, Bahrain, Singapur, Saudi-Arabien, Brunei, Russland, Kuwait und Jordanien.

Die regionalen Schwerpunkte des GMI 2020 setzen die Autoren Max Mutschler und Marius Bales auf Europa (Osteuropa / NATO- und EU-Staaten) sowie Asien-Pazifik mit einem speziellen Fokus auf die dortige Rolle der USA. Russland (Platz 8) unterhält weiterhin eines der größten Militärs weltweit. Die europäischen NATO-Staaten, insbesondere im Baltikum und Osteuropa, rüsten wiederum mit Verweis auf die anhaltenden Spannungen mit Russland weiter auf. Der immer noch schwelende Konflikt zwischen Armenien (Platz 2) und Aserbaidshan (Platz 16) um die Region Nagorny-Karabach hält die Militarisierung im Südkaukasus weiterhin auf einem sehr hohen Niveau. Dass die Länder im Nahen und Mittleren Osten im weltweiten Vergleich durchweg hoch militarisiert sind, belegt ein Blick auf die TOP 10, in der nur vier Staaten nicht aus dieser Region stammen. In der Region Asien-Pazifik intensiviert die strategische Rivalität zwischen China (Platz 98) und den USA (Platz 27) um regionalen Einfluss die wechselseitige Bedrohungswahrnehmung und trägt zur Aufrüstung in der Region bei.

Abschließend betrachtet der GMI 2020 den Zusammenhang zwischen Militarisierung und Gesundheitssicherheit. Ein Abgleich mit dem Global Health Security (GHS) Index zeigt, dass die durchschnittlich militarisierten Staaten insgesamt die besten Ergebnisse hinsichtlich der Gesundheitssicherheit aufweisen. In Hinblick auf die Konsequenzen der COVID-19 Pandemie dürften die öffentlichen Haushalte vieler Staaten in Folge neu aufgenommener Schulden in den kommenden Jahren unter starken Druck geraten. Dies dürfte sich auch auf die Militarisierung auswirken. Sollte die volkswirtschaftliche Leistung proportional stärker sinken als die Militärausgaben, würde dies den Militarisierungsgrad erhöhen. Möglich ist aber auch, dass die Gesundheitsvorsorge gegenüber der Verteidigungspolitik aufgewertet und deutlich bei den Militärausgaben gespart wird. In welche Richtung sich die Waage neigen wird, hängt von der politischen Prioritätensetzung der Staaten ab.

INHALT

Zusammenfassung	2
Die Methodik des Globalen Militarisierungsindex (GMI)	4
<hr/>	
BICC GMI 2020	5
Die Spitzenplätze	5
<hr/>	
Regionale Militarisierung im Blickpunkt	7
Osteuropa	7
NATO und EU-Staaten	8
Asien-Pazifik und die Rolle der USA	11
<hr/>	
Militarisierung und Gesundheitssicherheit	13
<hr/>	
GMI Weltkarte	16
Militarisierungsindex Ranking	18
Impressum	19
<hr/>	

DIE METHODIK DES GLOBALEN MILITARISIERUNGSINDEXES (GMI)

Der Globale Militarisierungsindex (GMI) bildet das relative Gewicht und die Bedeutung des Militärapparats eines Staates im Verhältnis zur Gesellschaft als Ganzes ab. Der GMI erfasst dazu mehrere Indikatoren, um den Grad der Militarisierung eines Landes darzustellen:

- \ Militärausgaben im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) und den staatlichen Gesundheitsausgaben (Anteil am BIP);
- \ Gesamtzahl von (para)militärischem Personal sowie Reservistinnen und Reservisten im Verhältnis zur Zahl der Ärztinnen und Ärzte und zur Gesamtbevölkerung;
- \ Anzahl der schweren Waffensysteme im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung.

Der GMI stützt sich u. a. auf Zahlen des Stockholmer Friedensforschungsinstituts (SIPRI), des Internationalen Währungsfonds (IWF), der Weltgesundheitsorganisation (WHO), des International Institutes for Strategic Studies (IISS) und eigene Erhebungen des BICC. Das Gesamtranking zeigt die Militarisierung von über 150 Staaten seit 1990. Es wird jährlich durch das BICC aktualisiert. Bei Vorhandensein neuerer verlässlicher Daten korrigiert das BICC die GMI-Werte auch rückwirkend für frühere Jahre (berichtigte Daten auf gmi.bicc.de). So kann es dazu kommen, dass sich die aktuell angegebenen Platzierungen im Vergleich zu älteren GMI-Publikationen unterscheiden.

Um eine höhere Kompatibilität zwischen den verschiedenen Indikatoren zu erzielen und zu verhindern, dass Extremwerte bei der Datennormalisierung zu Verzerrungen führen, wurde im ersten Schritt jeder Indikator mit einem Logarithmus mit dem Faktor 10 dargestellt. Im zweiten Schritt wurden alle Daten mittels der Formel $x = (y - \min) / (\max - \min)$ normalisiert, wobei Min. und Max. den niedrigsten bzw. den höchsten Wert des Logarithmus repräsentieren. Im dritten Schritt wurde jeder Indikator entsprechend der relativen Bedeutung, die ihm von den Forschern des BICC beigemessen wurde, mit einem subjektiven Faktor gewichtet. Zur Berechnung der endgültigen Punktzahl wurden die gewichteten Indikatorwerte addiert und ein weiteres Mal auf einer Skala von 0 bis 1.000 normalisiert.

Der GMI analysiert detailliert spezifische regionale oder nationale Entwicklungen. Auf diese Weise möchte das BICC zur Debatte über die Militarisierung beitragen und dabei auf die oft widersprüchliche Ressourcenverteilung aufmerksam machen.

GMI-Indikatoren und Gewichtungsfaktoren

Kategorie / Indikator	Faktor
 Ausgaben Militärausgaben als Anteil am BIP Militärausgaben im Verhältnis zu Ausgaben für den Gesundheitsbereich	5
	3
	3
 Personal Militärisches und paramilitärisches Personal im Verhältnis zur Bevölkerungszahl * Reserveangehörige im Verhältnis zur Bevölkerungszahl Militärisches und paramilitärisches Personal im Verhältnis zur Zahl der Ärztinnen und Ärzte	4
	2
	2
 Waffen Schwere Waffen im Verhältnis zur Bevölkerungszahl	4



Ausgaben

Militärausgaben als Anteil am BIP

5

Militärausgaben im Verhältnis zu Ausgaben für den Gesundheitsbereich

3



Personal

Militärisches und paramilitärisches Personal im Verhältnis zur Bevölkerungszahl *

4

Reserveangehörige im Verhältnis zur Bevölkerungszahl

2

Militärisches und paramilitärisches Personal im Verhältnis zur Zahl der Ärztinnen und Ärzte

2



Waffen

Schwere Waffen im Verhältnis zur Bevölkerungszahl

4

* \ Eine Einheit wird dann als militärisch oder paramilitärisch bezeichnet, wenn sie der direkten Führung der Regierung untersteht, bewaffnet, uniformiert und kaserniert ist.

BICC GMI 2020

Militarisierung ist ein komplexes Phänomen. Regionale und innergesellschaftliche Konflikte treiben die weltweite Militarisierung an. Aber auch die zur Verfügung stehenden, gesamtgesellschaftlichen Ressourcen sowie die unterschiedlichen Bedrohungswahrnehmungen spielen eine Rolle, wenn Staaten darüber entscheiden, wieviel sie in ihr nationales Militär investieren. Der Globale Militarisierungsindex (GMI) bildet das Ergebnis dieser Prozesse ab und benennt das relative Gewicht des Militärapparats eines Staates im Verhältnis zur Gesellschaft als Ganzes. Dabei grenzt sich der GMI bewusst von der normativen Annahme ab, dass eine hohe Ressourcenallokation zu Gunsten des militärischen Sektors immer eine Überbetonung des Militärs sei – mit negativen Folgen für die gesamtgesellschaftliche Entwicklung des betreffenden Landes und die internationale Sicherheit. So sind die sicherheitspolitischen Anforderungen für einen Staat wie Israel (Platz 1) zum Beispiel völlig andere, als etwa für Mauritius (Platz 145).

Dennoch können auf der Grundlage der Ergebnisse des GMI gewisse normative Aussagen über Militarisierung gemacht werden. Allerdings legt die Fülle an Faktoren, die sich auf die Militarisierung eines Landes auswirken können, nahe, genau hinzusehen und kritisch zu prüfen. Dies gilt auch für den Zusammenhang zwischen Militarisierung und Gesundheit, den der diesjährige GMI genauer betrachtet \ > Seite 13. Ein Abgleich des GMI mit dem von der Nuclear Threat Initiative (NTI) und dem Johns Hopkins Center for Health Security (JHSU) zusammen mit der Economist Intelligence Unit (EIU) entwickelten Global Health Security (GHS) Index¹ zeigt, dass es insbesondere die Gruppe der eher durchschnittlich stark militarisierten Staaten ist, welche die besten Ergebnisse hinsichtlich der Gesundheitssicherheit aufweisen.

Im Folgenden präsentiert und analysiert der GMI 2020 ausgewählte Militarisierungstrends. Die dafür ausgewerteten Daten beziehen sich überwiegend auf das Jahr 2019.

Die Spitzenplätze

Die zehn Länder, die für das Jahr 2019 den höchsten Militarisierungsgrad aufweisen, sind Israel, Armenien, Oman, Bahrain, Singapur, Saudi-Arabien, Brunei, Russland, Kuwait und Jordanien. Diese Staaten stellen dem Militär im Verhältnis zu anderen gesellschaftlichen Bereichen besonders viele Ressourcen zur Verfügung. Methodische Neuerungen im diesjährigen GMI \ > Seite 6 sind nicht ohne Auswirkungen für die Spitzenplätze geblieben. So werden Oman (Platz 3, zuvor 27), Bahrain (Platz 4, zuvor 18) und Saudi-Arabien (Platz 6, zuvor 28) mit der neuen Methodik als deutlich höher militarisiert eingestuft als zuvor. Alle drei Staaten verfügen über keine militärische Reserve und steigen mit der angepassten Gewichtung dieses Faktors um einige Plätze auf.

Von einigen Staaten haben wir keine belastbaren Daten, um die Ressourcenverteilung zwischen dem militärischen und dem gesamtgesellschaftlichen Bereich zu analysieren. Bei einigen Ländern – insbesondere bei Syrien, Nordkorea, Eritrea oder den Vereinigten Arabischen Emiraten – ist jedoch aufgrund früherer Erhebungen davon auszugehen, dass sie einen sehr hohen Militarisierungsgrad aufweisen. Die USA (Platz 27), die nach wie vor so viel Geld für ihr Militär ausgeben wie kein anderer Staat (2019: 718,7 Milliarden US-Dollar², Anteil am Bruttoinlandsprodukt (BIP) 3,4 Prozent), befinden sich dank ihrer starken Volkswirtschaft nicht unter den TOP 10 \ > Seite 18.

1 \ Global Health Security (GHS) Index (2019): <https://www.ghsindex.org/wp-content/uploads/2019/10/2019-Global-Health-Security-Index.pdf>, Stand 25. November 2020

2 \ Alle Angaben in dieser Publikation zu den Militärausgaben, sofern nicht anders angegeben, entstammen der SIPRI Military Expenditure Database.

**Methodische Neuerungen
im GMI 2020**

Dieses Jahr nahmen wir für die Berechnung des GMI kleinere methodische Anpassungen vor. So passten wir zum Beispiel unsere Formel für das Logarithmieren so an, dass besonders niedrige Werte bei einzelnen Datenkategorien nicht zu einem überproportional tiefen Wert in der Gesamtberechnung führen. Die Auswirkung dieser Änderung zeigt sich insbesondere bei denjenigen Staaten, deren Militär über keine Reserve verfügt. Da die Anzahl der Reservistinnen und Reservisten im Verhältnis zur Bevölkerungszahl ein Teilindikator des GMI ist, führte der Wert 0 (also wenn ein Land über keinerlei militärische Reserve verfügt) nach der alten Berechnungsmethode zu einem unverhältnismäßig tiefen Wert, im Vergleich zu Staaten mit vorhandener, aber geringer Reserve.

Mit den nun vorgenommenen Korrekturen steigen diese Staaten um einige Plätze im Globalen Militarisierungsranking. Einige wenige Staaten, die wiederum relativ hohe Werte bei den Reservistinnen und Reservisten haben und bei denen diese in der Gesamtberechnung stark zu Buche schlugen, sind hingegen um mehrere Plätze gefallen. Daraus folgt, dass solche Änderungen in der Platzierung einzelner Staaten nicht ohne Auswirkungen auf das Gesamtranking bleiben.

**Tabelle 1
Top 10**

Land				GMI Wert	Platz
Israel	2,4	1,7	3,1	363,2	1
Armenien	2,2	1,7	2,3	310,1	2
Oman	3,4	0,9	1,8	305,6	3
Bahrain	2,1	1,3	2,6	300,8	4
Singapur	2,0	1,3	2,7	297,2	5
Saudi-Arabien	3,1	0,7	2,1	293,6	6
Brunei	2,3	1,5	1,9	286,7	7
Russland	2,1	0,9	2,7	285,1	8
Kuwait	2,6	0,6	2,4	284,2	9
Jordanien	2,2	1,1	2,3	279,3	10

Wie schon in den Jahren zuvor ist Israel auch 2019 wieder der am höchsten militarisierte Staat der Welt. Bei einer Bevölkerung von etwa neun Millionen unterhält das Land durch sein Wehrdienstsystem mit 169.500 Soldatinnen und Soldaten sowie 465.000 Reservistinnen und Reservisten ein vergleichsweise sehr großes Militär, für das es 2019 über 20 Milliarden US-Dollar ausgab. Dies entspricht einem Anteil von 5,3 Prozent seines BIP. Diese im Verhältnis hohen Investitionen ins Militär sind der nach wie vor angespannten Sicherheitslage Israels geschuldet und fügen sich in einen allgemein hohen Militarisierungsgrad im gesamten Nahen und Mittleren Osten ein (sechs Länder unter den Top 10).

Regionale Militarisierung im Blickpunkt

Osteuropa

Angesichts der angespannten Sicherheitslage und eskalierender Territorialkonflikte steigt die Militarisierung in Osteuropa. Als im Südkaukasus der ungelöste Konflikt um die Region Bergkarabach im Juli 2020 erneut gewaltsam eskalierte, handelte es sich um die schwersten Kampfhandlungen zwischen **Armenien** und **Aserbaidschan** seit dem Waffenstillstand 1994. Doch auch wenn die Parteien am 10. November 2020 unter russischer Vermittlung einen Waffenstillstand schlossen, ist aufgrund der Konfliktlage davon auszugehen, dass Armenien (Platz 2) und Aserbaidschan (Platz 16), die seit Jahren zu den am höchsten militarisierten Staaten der Welt gehören, auch weiterhin sehr viele Ressourcen in ihr Militär investieren werden. 2019 gaben die Kaukasusstaaten mit 4,9 bzw. 4 Prozent ihres BIP in Osteuropa anteilig mit Abstand am meisten in diesen Bereich aus. Umfangreiche Modernisierungsprogramme fanden bei Heer und Luftwaffe beider Staaten statt. Armenien importierte insbesondere moderne Waffensysteme aus Russland; Aserbaidschan baute neben der traditionellen Militärkooperation mit Moskau auch Beziehungen zu anderen Rüstungsexporturen auf, darunter Israel, der Ukraine und der Türkei. Die **Türkei** (Platz 20) wurde auch selbst zur aktiven Kriegspartei im Konflikt um Bergkarabach. Kampfflugzeuge und Drohnen des türkischen Militärs flogen Luftangriffe auf armenische Stellungen. Am Boden wurde Baku von syrischen Rebellen unterstützt, die mit Hilfe der Türkei in die Region gelangten. Die Türkei ist neben dem Konflikt in Bergkarabach auch an weiteren Konflikten beteiligt (u. a. in Syrien und Libyen).

Der Militarisierungsgrad von **Belarus** bleibt weiterhin auf einem hohen Niveau (Platz 17). Mit 45.350 aktiven Soldatinnen und Soldaten, 110.000 Paramilitärs und rund 290.000 Reservistinnen und Reservisten verfügt das Land – bei einer Bevölkerung von nur 9,5 Millionen Menschen – über ein verhältnismäßig großes Militär. Diesem stehen über 2.500 Großwaffensysteme zur Verfügung, die überwiegend aus Russland importiert wurden. Der Anteil der Militärausgaben am BIP liegt derzeit bei 1,2 Prozent.

Seit dem Ausbruch des Konflikts im Donbass im Februar 2014 ist der Militarisierungsgrad der **Ukraine** deutlich angestiegen (Platz 22; 2014: Platz 41). Die Anzahl des militärischen und paramilitärischen Personals wurde deutlich vergrößert; die bestehenden Großwaffensysteme umfassend modernisiert. Der Militäretat der Ukraine wuchs seit 2014 um 62 Prozent auf 4,6 Milliarden US-Dollar, was einem Anteil von 3,4 Prozent des Bruttoinlandprodukts entspricht (2014: 2,2 Prozent).

Der Militarisierungsgrad **Russlands** (Platz 8), das mit über 70.000 schweren Waffensystemen, 900.000 Soldatinnen und Soldaten, zwei Millionen Reservistinnen und Reservisten und über 550.000 Paramilitärs über eines der größten Militärs weltweit verfügt, bleibt weiterhin auf einem sehr hohen Niveau. Trotz der schwierigen Wirtschaftslage aufgrund des niedrigen Rohstoffpreises sowie der westlichen Sanktionen stiegen die Militärausgaben 2019 erstmals wieder leicht auf 64,1 Milliarden US-Dollar (3,9 Prozent des BIP), nachdem sie nach dem Höchstwert von 79 Milliarden US-Dollar (2016) in den Jahren 2017 und 2018 deutlich zurückgegangen waren. Im Zuge der 2008 eingeleiteten, groß angelegten organisatorischen, personellen und materiellen Modernisierung sind mittlerweile rund zwei Drittel aller konventionellen Waffensysteme erneuert worden. Insbesondere in die Luft- und strategischen Nuklearstreitkräfte investierte Moskau deutlich. Die Streitkräfte entwickelten sich von einer Mobilisierungs- zu einer Einsatzarmee. Auch die umfangreiche Beschaffung von Präzisionswaffen sowie automatisierten Führungssystemen zur vernetzten Kriegsführung lassen sie heute qualitativ so gut dastehen wie seit der Neugründung der Streitkräfte 1992 nicht.³ Praktisch kam dies bereits in diversen lokalen und überregionalen Konflikten – darunter Syrien, Libyen, auf der Krim und in der Ostukraine – zum Vorschein. Mehr als 684 Milliarden US-Dollar gab Russland dafür im vergangenen

3 \ Military Balance Blog (2020): Russia's armed forces: more capable by far, but for how long?, <https://www.iiss.org/blogs/military-balance/2020/10/russia-armed-forces>. Stand 25. November 2020

Jahrzehnt aus. Weitere 306 Milliarden US-Dollar sollen in den kommenden Jahren im Zuge des neuen Beschaffungsprogramms GPV 2027 in die Modernisierung und Professionalisierung der Streitkräfte fließen. Unter anderem ist bis 2028 die Beschaffung 76 neuer Su-57 Kampfflugzeuge vorgesehen.

Tabelle 2
Die zehn höchst militarisierten Länder Europas

Land				GMI Wert	Platz
Armenien	2,2	1,7	2,3	310,1	2
Russland	2,1	0,9	2,7	285,1	8
Griechenland	1,6	1,1	2,7	269,1	12
Zypern	1,2	1,5	2,7	268,2	13
Aserbaidshjan	2,1	0,9	2,1	254,8	16
Weißrussland	1,0	1,4	2,3	231,8	17
Montenegro	1,0	1,5	1,3	226,4	19
Türkei	1,8	0,7	2,0	223,8	20
Ukraine	1,9	0,8	1,8	221,6	22
Finnland	1,1	0,7	2,3	203,0	29

Trotz der COVID-19-Pandemie fand mit „Kaukasus 2020“ auch in diesem Jahr wieder ein großes russisches Militärmanöver statt, an dem sich auch 12.900 Soldatinnen und Soldaten aus anderen Staaten – darunter China, Pakistan, Weißrussland, Armenien und Myanmar – beteiligten. Anstelle gegenseitiger Kontrollen, Verifikationen und Beschränkungen setzen sowohl Russland als auch die NATO zunehmend auf Abschreckung durch Aufrüstung und die wechselseitige Demonstration militärischer Stärke.

NATO und EU-Staaten

Mit „Defender 2020“ plante auch die NATO 2020 ein großes multilaterales Militärmanöver. Rund 37.000 Angehörige des Militärs sollten an der Übung insgesamt teilnehmen. Aufgrund der Corona-Pandemie wurde die größte Truppenverlegung von US-Streitkräften nach Europa seit 25 Jahren allerdings vorzeitig beendet. Die Beziehungen zwischen der NATO und Russland haben sich seit der Annexion der Krim und dem gewaltsamen Konflikt in der Ostukraine massiv verschlechtert. Insbesondere in Osteuropa lassen sich seither deutliche Aufrüstungstendenzen erkennen, die zu einem enormen Anstieg der Militarisation beitragen.

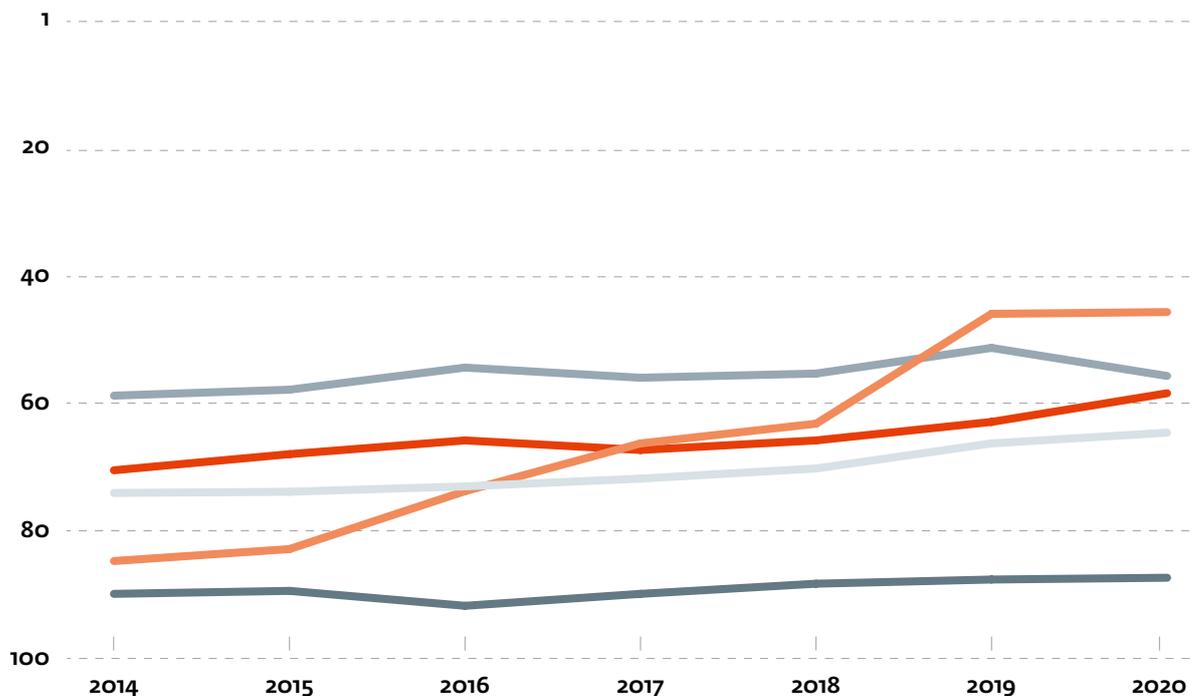
Seit 2014 stieg die Militarisation in 22 der 27 EU-Mitgliedsstaaten. Betrug die durchschnittliche GMI-Platzierung in der Europäischen Union 2014 Platz 82, lag der durchschnittliche Militarisationsgrad 2019 bei Platz 72. Besonders deutlich wuchs die Militarisation in den baltischen und osteuropäischen Staaten, wie die Grafik 1 \ > Seite 9 verdeutlicht.

Lettland (Platz 60; 2014: Platz 129) und **Litauen** (Platz 32; 2014: Platz 82) investierten 2014 0,9 Prozent ihres BIPs ins Militär; 2019 waren es zwei Prozent. Auch die Verteidigungsausgaben **Estlands** (Platz 32; 2014: Platz 43) lagen 2019 mit 2,1 Prozent über dem NATO 2-Prozent-Ziel (2014: 1,9 Prozent). In allen drei baltischen EU-Staaten erhöhte sich die Anzahl des militärischen Personals und der schweren Waffensysteme, primär der gepanzerten Mannschaftstransporter. Zusammengenommen führte dies zu einem signifikanten Anstieg der Militarisation im gesamten Baltikum.

Nach Jahren verringerter Militärausgaben brachten auch andere osteuropäische EU-Staaten große staatliche Beschaffungsvorhaben auf den Weg, um die Ausrüstung der Streitkräfte zu modernisieren und dabei speziell die veralteten sowjetischen Waffensysteme durch moderne Militärtechnologie zu ersetzen. **Tschechien** (Platz 89; 2014: Platz 98) investierte 2019 beispielsweise in neue Schützenpanzer, leichte Kampf- und Mehrzweckhubschrauber sowie neue Radarsysteme. **Ungarn** (Platz 78; 2014: Platz 92)

Grafik 1

Durchschnittliches GMI-Ranking der NATO (insgesamt) und der EU-Staaten nach Regionen, 2014–2020



	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
NATO	75,3	75,1	74,2	72,9	71,2	67	65,2
Baltikum	86,7	84,7	75	67	63,7	45,3	45
Nordeuropa	59	58	54,3	56	55,3	51	55,7
Osteuropa	71,5	68,8	66,5	68,1	66,5	63,4	58,6
Mittel-, West- und Südeuropa	92,2	91,7	94,2	92,2	90,5	89,8	89,5

Baltikum: Estland, Lettland, Litauen; **Nordeuropa:** Dänemark, Finnland, Schweden; **Osteuropa:** Bulgarien, Kroatien, Polen, Rumänien, Slowakei, Slowenien, Tschechische Republik, Ungarn; **Mittel-, West- und Südeuropa:** Belgien, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Griechenland, Italien, Irland, Luxemburg, Malta, Niederlande, Österreich, Portugal, Spanien
 Quelle: Eigene Darstellung

bestellte u. a. neue Luftverteidigungssysteme und Raketen, Kampf- und Transporthubschrauber, Panzerhaubitzen sowie schwere Kampfpanzer. **Rumänien** (Platz 36; 2014: Platz 46) kaufte neue Kampfflugzeuge und gepanzerte Mannschaftstransporter. Seine Militärausgaben erhöhten sich auf zwei Prozent des BIP (2014: 1,3 Prozent). Gemessen am BIP steckte die **Slowakei** (Platz 64; 2014: 79) 2019 1,8 Prozent ins Militär

und damit deutlich mehr als noch 2014 (ein Prozent). Auch **Bulgarien** (Platz 40; 2014: Platz 60) setzte mit 3,2 Prozent deutlich mehr Ressourcen für sein Militär ein als noch 2014 (1,2 Prozent), mit denen es, ähnlich wie **Kroatien** (Platz 44; 2014: 53) die Anzahl der schweren Waffensysteme erhöhte. Zagreb etablierte 2019 zudem eine Reserve von über 18.000 Personen.

Auch in den nordeuropäischen Staaten ist die Militarisierung zwischenzeitlich angestiegen. Insbesondere das EU-Mitglied **Finnland** (Platz 29; 2014: Platz 33) mit seiner über 1.000 Kilometer langen Grenze zu Russland stockte sein Militärbudget auf und verfolgt viele lange geplante Projekte zur Modernisierung der Streitkräfte nun mit Dringlichkeit. 2019 gab es 4,1 Milliarden US-Dollar, also 1,5 Prozent des BIP, für das Militär aus. Im kommenden Jahr will Helsinki nochmals zwei Milliarden US-Dollar mehr bereitstellen, was einem Plus von 41 Prozent entspricht. Geplant ist u. a. die Anschaffung neuer Kampfflugzeuge aus den USA. Auch der NATO-Staat **Norwegen** (Platz 45; 2014: Platz 50) zahlte in den vergangenen Jahren mehr für sein Militär. 2019 investierte Oslo mit 7,4 Milliarden US-Dollar 1,7 Prozent seines BIP; 2014 lagen die Militärausgaben noch bei 6,3 Milliarden US-Dollar (1,5 Prozent des BIP). Die Anzahl schwerer Waffensysteme erhöhte sich auf über 800 Stück. Beschafft wurden u. a. F-35 Kampfflugzeuge aus den USA sowie gepanzerte Mannschaftstransporter aus Italien und Schweden. Im Oktober 2020 verabschiedete das EU-Land **Schweden** (Platz 68; 2014: Platz 77) ein neues Verteidigungsgesetz, das die Verteidigungsbereitschaft des Landes gegenüber Russland angesichts zunehmender Spannungen in den Gewässern des Nordatlantik (Arktis), der Ostsee und dem Luftraum über Skandinavien stärken soll. Es sieht eine Erhöhung des Verteidigungsetats um 40 Prozent bis 2025 vor. Mittel sollen u. a. in die Beschaffung moderner Waffensysteme, darunter Kampfflugzeuge und ein neues U-Boot, sowie die Verstärkung der Cyber-Verteidigung fließen. Bereits im März 2017 hatte Schweden die Wiedereinführung der Wehrpflicht für 2018 beschlossen. 2020 wurde eine Reserve von 10.000 Personen eingeführt. Bis 2035 soll die Truppenstärke um 30.000 aktive Soldatinnen und Soldaten vergrößert werden.

In Mittel- West- und Südeuropa liegen **Zypern** (Platz 13) und **Griechenland** (Platz 12) weit oben im Ranking. Sie streiten mit der die Türkei seit Jahren um die reichen Erdgasvorkommen im östlichen Mittelmeer. Infolge zunehmender Spannungen kündigte Athen 2020 Rüstungskäufe und eine Aufstockung der Streitkräfte an. Neben 18 französischen Kampffjets

vom Typ Rafale sollen u. a. neue Fregatten und Hubschrauber bestellt werden. Die griechische Armee soll um 15.000 Soldatinnen und Soldaten vergrößert werden. Insgesamt erhöhte sich die Militarisierung in diesem Teil Europas seit 2014 im Durchschnitt nur marginal \ > Grafik 1. Während die Militarisierung in **Portugal** (Platz 59; 2014: Platz 52), **Italien** (Platz 88; 2014: Platz 84) und **Luxemburg** (Platz 104; 2014: 101) leicht zurückging, kam es u. a. in den **Niederlanden** (Platz 92; 2014: Platz 106), **Belgien** (Platz 93; 2014: Platz 103) und **Österreich** (Platz 101; 2014: 108) zu Zuwächsen. Auch in **Frankreich** (Platz 66; 2014: Platz 71) ist die Militarisierung seit 2014 gestiegen. Gründe dafür sind u. a. die gesteigerte Bedrohungswahrnehmung gegenüber Russland und das erklärte Ziel einer strategischen Autonomie Europas, für welches sich Frankreich in einer Schlüsselrolle sieht. Neben der Modernisierung der U-Boot-Flotte und der Atomstreitmacht bauen die französischen Streitkräfte vor diesem Hintergrund gegenwärtig auch ein Weltraumkommando auf. Bereits heute investiert Paris mit 52,2 Milliarden US-Dollar (2019) absolut betrachtet von allen EU-Staaten am meisten Geld in sein Militär. Im Zuge eines militärischen Rahmengesetzes sollen die Militärausgaben von derzeit 1,9 Prozent des BIP bis 2025 auf zwei Prozent erhöht werden. Auch in **Deutschland** (Platz 106), wo die Militarisierung seit Jahren auf einem vergleichsweise konstanten Niveau ist, könnte sich dies in den kommenden Jahren ändern. Deutschland investierte 2019 51,2 Milliarden US-Dollar in sein Militär - zehn Prozent mehr als noch im Vorjahr, was den größten Zuwachs aller EU-Staaten darstellt. Angesichts der starken Wirtschaftskraft des Landes beläuft sich der Anteil am BIP allerdings nur auf moderate 1,3 Prozent (2014: 1,1 Prozent). In absoluten Zahlen betrachtet heißt dies, dass die Bundesregierung die Militärausgaben seit dem Ausbruch des Krieges in der Ukraine um mehr als 10 Milliarden US-Dollar angehoben hat.

Asien-Pazifik und die Rolle der USA

Die Liste der höchst militarisierten Länder in der Region Asien-Pazifik wird von zwei Kleinstaaten angeführt. An erster Stelle steht der Stadtstaat **Singapur** (Platz 5). Mit über 50.000 aktiven Soldatinnen und Soldaten und über 250.000 Reservistinnen und Reservisten unterhält das Land, gemessen an seinen 5,7 Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern, ein sehr großes Militär. Die angesichts des demographischen Wandels rückläufige Zahl an Wehrpflichtigen – die Armee plant bis 2030 mit einer Reduzierung des Personals um 30 Prozent – will die Regierung durch die Beschaffung hochmoderner Militärtechnologie kompensieren. Bereits jetzt wurde das Militär um 20.000 aktive Soldatinnen und Soldaten sowie über 50.000 Angehörige der Reserve verkleinert, weshalb der Staat im GMI von Platz 2 (2019) auf Platz 5 fällt. 2019 investierte Singapur 11,2 Milliarden US-Dollar in die Streitkräfte (3,2 Prozent des BIP) und die Tendenz ist steigend. Bereits heute gilt das Militär als das am besten ausgestattete in Südostasien. Die Armee verfügt über rund 3.000 Großwaffensysteme. An zweiter Stelle steht **Brunei** (Platz 7). Der Kleinstaat gab 2019 rund 419 Millionen US-Dollar für sein Militär aus; rund 17 Prozent mehr als noch im Vorjahr. Der Anteil der Militärausgaben am BIP stieg von 2,6 auf 3,3 Prozent. Im GMI kletterte Brunei dadurch von Platz 11 auf Platz 7. Bei den Rüstungsimporten fokussierte sich der Küstenstaat in den vergangenen Jahren vor allem auf die Modernisierung der Marine.

Insbesondere die rasante ökonomische, politische und militärische Entwicklung **Chinas** (Platz 98) spiegelt sich auch in der Entwicklung seiner militärischen Kapazitäten wider, insbesondere im Bereich der Marine und Luftwaffe. So verdoppelten sich die Militärausgaben der Volksrepublik in den vergangenen zehn Jahren beinahe. Investierte China 2009 noch 136,8 Milliarden US-Dollar ins Militär, waren es 2019 stolze 266,4 Milliarden US-Dollar. Weltweit liegt China damit hinter den USA auf Platz 2. Im GMI belegt es allerdings nur Platz 98, denn die Militärausgaben stellen lediglich 1,9 Prozent des BIP dar. Während der Militärhaushalt um 5,1 Prozent stieg, waren es beim allgemeinen Wirtschaftswachstum 6,1 Prozent. Ähnlich sieht es auch im Hinblick auf

Tabelle 3

Die zehn höchst militarisierten Länder der Region Asien-Pazifik plus USA

Land				GMI Wert	Platz
Singapur	2,0	1,3	2,7	297,2	5
Brunei	2,3	1,5	1,9	286,7	7
Korea, Republik	1,6	1,5	2,1	259,7	14
Kambodscha	1,5	1,7	1,3	223,5	21
USA	1,7	0,5	1,9	205,6	27
Thailand	1,2	0,9	1,1	159,5	58
Australien	1,3	0,2	1,5	151,3	65
Malaysia	0,9	0,6	1,0	125,5	90
China	1,4	0,3	0,8	121,3	98
Nepal	1,2	0,7	0,5	116,1	105
Neuseeland	1,1	0,2	0,9	107,8	109

die anderen Teilindikatoren des GMI aus. Die enormen Militärausgaben sowie die hohen personellen und materiellen Kapazitäten relativieren sich im Vergleich zu den gesamtgesellschaftlichen finanziellen sowie personellen Ressourcen. Bei knapp 1,4 Milliarden Menschen verfügt das bevölkerungsreichste Land der Welt über zwei Millionen aktive Soldatinnen und Soldaten, 660.000 Paramilitärs und 510.000 Angehörige der Reserve. Dem damit zahlenmäßig größten Militär weltweit stehen über 30.100 Großwaffensysteme zur Verfügung, die im Zuge der 2015 von Präsident Xi Jinping angestoßenen Militärreform umfassend modernisiert werden. Dabei produziert China mittlerweile den Großteil der neu zu beschaffenden Waffensysteme durch die eigene Rüstungsindustrie; auch wenn die Volksrepublik weiterhin zu den weltweit größten Importeuren von Waffen gehört. Der mit Abstand wichtigste Rüstungslieferant für Peking ist Russland. Bis 2035 will Peking die militärische Modernisierung im Wesentlichen abschließen. Spätestens 2050 soll das chinesische Militär sich dann quer über alle Teilstreitkräfte und Operationssphären hinweg auch qualitativ auf „Weltklasse“-Niveau befinden. Dieser Anspruch ist auch mit einer strategischen Neuausrichtung verbunden. Vor dem Hintergrund des wirtschafts- und geopolitischen Großprojekts der „neuen Seidenstraße“ lässt sich ein maritimer Strategiewandel

von einem Fokus auf der Sicherung der eigenen Küstenlinien hin zu verstärkter auswärtiger Machtprojektion erkennen.

In den anderen Anrainerstaaten des südchinesischen Meeres ließen die Spannungen infolge der Territorialkonflikte mit China den Militarisierungsgrad bislang noch nicht deutlich steigen. So blieben die GMI Werte von **Malaysia** (Platz 90), **Japan** (Platz 118), den **Philippinen** (Platz 128) oder auch **Indonesien** (Platz 123) über die letzten Jahre hinweg relativ konstant – sicherlich auch auf die erhöhte maritime Präsenz der USA im Pazifik sowie die immer engeren strategischen Bündnisse der indopazifischen Demokratien zurückzuführen. Doch es ist nicht auszuschließen, dass sich dies in Zukunft ändern wird. Denn nicht nur China, sondern auch andere Staaten der Region, etwa Indonesien oder die Philippinen, modernisieren gegenwärtig ihre Marine. Auch Japan, in dessen Luftraum und Gewässern es immer häufiger zu Zwischenfällen mit China kommt, will seine militärischen Fähigkeiten im Zuge des 2018 veröffentlichten *White Paper* in den kommenden Jahren ausbauen.

Auch die komplexe strategische Rivalität zwischen China und den **USA** (Platz 27) um Einfluss in der Region ist im maritimen Bereich besonders ausgeprägt. Im Südchinesischen Meer kollidiert der amerikanische Anspruch auf freien Zugang zu den Weltmeeren mit dem chinesischen Bestreben, eine Sicherheitszone zu errichten und die Kosten einer amerikanischen Intervention im Konfliktfall auf ein für die USA inakzeptables Maß zu erhöhen. Auf das chinesische Streben nach militärischer Dominanz im Südchinesischen Meer und rund um die Inselrepublik **Taiwan** reagierte die US-Marine zuletzt mit großangelegten Manövern, die China wiederum mit eigenen Militärübungen beantwortete. Beide Großmächte testen im Pazifik seit einigen Monaten immer wieder ihre neuesten Waffensysteme – zu Wasser und in der Luft. Diese immer offensiver ausgetragene Machtkonkurrenz, die die wechselseitige Bedrohungswahrnehmung zunehmend intensiviert und in der gesamten Region zur Aufrüstung beiträgt, ist sicherlich nicht primär das Ergebnis der US-amerikanischen China-Politik unter Donald Trump, wurde aber durch diese angeheizt.

Seit der Amtseinführung Donald Trumps als Präsident im Jahre 2017 hat sich die Militarisierung in den USA erhöht. Belegten die USA 2016 noch Platz 33 im GMI Ranking, liegen sie 2019 auf Platz 27. In Trumps vierjähriger Legislaturperiode stiegen die Militärausgaben von 669,4 Milliarden US-Dollar (2016) auf 718,7 Milliarden US-Dollar (2019) an. Trumps nationale Verteidigungsstrategie ließ seit 2017 nicht nur die finanziellen Mittel des Pentagons, sondern auch das Truppenkontingent wachsen. Die Marine erhielt 10.000 zusätzliche Soldatinnen und Soldaten. Das Heer vergrößerte sich um 6.400 Personen, die Luftwaffe sogar um 15.700. Insgesamt verfügen die USA damit über 1,38 Millionen Soldatinnen und Soldaten – nur China (2,03 Mio.) und Indien (1,45 Mio.) haben in personeller Hinsicht ein größeres Potenzial. Auch die Anzahl der schweren Waffensysteme wurde seit 2016 deutlich um 1.670 Stück aufgestockt, so dass die USA mittlerweile über 53.100 moderne Großwaffensysteme besitzen, darunter allein 3.780 Kampfflugzeuge. Trumps politische Agenda sah die Rückkehr zur „Rivalität der Großmächte“ vor, was sich auch auf die Nuklearwaffenpolitik der USA auswirkte. So setzte er, wie im *Nuclear Posture Review 2018* angekündigt, die Modernisierung des Nukleararsenals fort, die bereits von Barack Obama eingeleitet wurde. Mit der Begründung, eine individuellere Abschreckung Russlands und Chinas zu ermöglichen, begann das Pentagon 2018 damit, leistungsfähigere sowie flexibler nutzbare Sprengkopftypen zu beschaffen. 2021 sollen die Mittel für die Modernisierung atomarer Sprengköpfe erneut deutlich um 25 Prozent auf rund 15,6 Milliarden US-Dollar steigen.

Militarisierung und Gesundheitssicherheit

Auch wenn es keine einheitliche Definition des Begriffs „Gesundheitssicherheit“ gibt, so bezieht er sich zumeist auf die Maßnahmen bzw. Fähigkeiten zum Schutz der Bevölkerung vor einer Reihe von natürlichen sowie menschlich verursachten Gefahren für die Gesundheit. Zu diesen Gefahren zählen zum Beispiel Naturkatastrophen und Umweltverschmutzung, aber insbesondere auch (neu aufkommende) übertragbare Krankheiten, die sich zu Epidemien und Pandemien entwickeln können. Der mögliche Zusammenhang zwischen dem Militarisierungsgrad eines Staates und seiner Fähigkeit, die Gesundheitssicherheit seiner Bevölkerung zu gewährleisten, liegt in der Frage, wie ein Staat seine Ressourcen, insbesondere seine finanziellen Mittel, verteilt. Gelder, die in den Verteidigungshaushalt fließen, stehen nicht für den zivilen Bereich und damit auch nicht für den Gesundheitssektor zur Verfügung - und umgekehrt. Es gibt zwar durchaus Überschneidungen zwischen den Bereichen Militär und Gesundheitssicherheit - etwa dann, wenn das Militär zur Katastrophenhilfe eingesetzt wird oder sich militärisches Personal an der Bekämpfung einer Pandemie beteiligt. Dennoch stellt sich die Frage, ob die Ressourcenverteilung zu Gunsten des Militärs in besonders hoch militarisierten Staaten zu Lasten der Gesundheitssicherheit geht und ob gering militarisierte Staaten dementsprechend einen höheren Grad an Gesundheitssicherheit aufweisen. Um diesen Fragen nachzugehen und mögliche Zusammenhänge zwischen Militarisierung und Gesundheitssicherheit zu eruieren, vergleichen wir den GMI im Folgenden mit den Werten des Global Health Security Index (GHS Index).

Der GHS Index ist ein Projekt der Nuclear Threat Initiative (NTI) und des Johns Hopkins Center for Health Security (JHS), das zusammen mit der Economist Intelligence Unit (EIU) entwickelt wurde. Er erhebt Daten zu den Fähigkeiten von 195 Ländern im Bereich der Gesundheitssicherheit. Die Fähigkeiten werden dabei in sechs Kategorien unterteilt: *Prevention* (Prävention), *Detection and Reporting* (Entdeckung und Berichterstattung), *Rapid Response* (Schnelles Eingreifen), *Health System* (Gesundheitssystem), *Compliance with International Norms* (Einhaltung internationaler Normen) und *Risk Environment* (Risikoum-

gebung). So werden beispielsweise in der Kategorie *Detection and Reporting* Daten zu den Laborsystemen und zum epidemiologischen Personalbestand abgefragt. In der Kategorie *Health System* geht es u. a. um Daten zur Kapazität von Kliniken, Infektionskontrolle und Zugang zur Gesundheitsversorgung. Alle Daten stammen aus öffentlich zugänglichen Quellen der jeweiligen Länder oder von internationalen Organisationen wie der Weltgesundheitsorganisation (WHO) und der Weltbank.⁴ Im Folgenden soll ein - wenn auch eingeschränkter - Abgleich zwischen GHS und GMI erfolgen, um auf ein paar mögliche grundlegende Zusammenhänge hinzuweisen.

Tabelle 4
Militarisierung und Gesundheitssicherheit
30 höchst militarisierte Länder (Platz 1–30)

Bestens vorbereitet (<i>most prepared</i>)	3
Stärker vorbereitet (<i>more prepared</i>)	22
Gering vorbereitet (<i>least prepared</i>)	5
Durchschnittswert GHS Index	44,3

Der Durchschnittswert aller 195 Länder des GHS Index liegt bei einem Index-Wert von 40,2 (von insgesamt 100 möglichen Punkten). Laut GHS Studie verdeutlicht dies den global gesehen geringen Grad an Vorbereitung und Fähigkeiten zum Umgang mit Gesundheitsbedrohungen. Entsprechend ihres Wertes werden alle Staaten in drei Kategorien eingeteilt: *most prepared* (bestens vorbereitet), *more prepared* (stärker vorbereitet) und *least prepared* (gering vorbereitet). Schauen wir vergleichend auf die GMI Werte, stellen wir fest, dass die **30 am höchsten militarisierten Länder** im Durchschnitt einen GHS Index-Wert von 44,3 aufweisen (entspricht Rang 78 im GHS Index). Südkorea (Platz 14), die USA (Platz 27) und Finnland (Platz 29) sind dabei die einzigen Staaten, die der GHS Index als *most prepared* einstuft. *Least prepared* sind hinge-

4 \ Die Daten zu den Gesundheitsausgaben und zum ärztlichen Personal fließen neben diversen anderen Faktoren auch in die Berechnung des GMI ein, der Militärausgaben und militärisches Personal eines Staates in ein Verhältnis zu ihnen setzt. Eine präzise, weiterführende Untersuchung müsste die beiden Indizes daher weiter aufschlüsseln.

gen Brunei (Platz 7), Algerien (Platz 15), Irak (Platz 18), Botswana (Platz 24) und Mauretanien (Platz 30). Die deutliche Mehrheit der 30 höchst militarisierten Staaten fällt in die mittlere Kategorie (*more prepared*).

Auch bei den **30 niedrigst militarisierten Staaten** fallen die meisten, nämlich 20 Stück, in diese mittlere Kategorie des GHS Index (*more prepared*). Allerdings finden wir hier kein einziges Land, das der GHS Index der Gruppe *most prepared* zuordnet. Demgegenüber stehen gleich 10 Länder, die als *least prepared* klassifiziert werden. Hierzu zählen beispielsweise Haiti (Platz 151), Papua-Neuguinea (Platz 142), Lesotho (Platz 133) oder auch Guatemala (Platz 132). Der Durchschnittswert dieser Ländergruppe im GHS Index liegt bei nur 38,2 Punkten - und damit deutlich unter dem durchschnittlichen GHS Index Wert der 30 am höchsten militarisierten Länder der Welt.

Die Gleichung, dass hoch militarisierte Staaten in Hinblick auf ihre Gesundheitssicherheit schlechtere Werte aufweisen, weil sie zu viele Ressourcen ins Militär investieren, geht also nicht auf. Auf den ersten Blick scheint es sich vielmehr umgekehrt zu verhalten: Es sind die gering militarisierten Länder, die bei der Gesundheitssicherheit insgesamt die schlechteren Werte aufweisen. Hierfür gibt es aus unserer Sicht eine plausible Erklärung: Bei den besonders gering militarisierten Ländern handelt es sich überwiegend um Staaten, deren Regierungen aufgrund der generellen wirtschaftlichen Situation insgesamt wenig Ressourcen zur Verfügung haben. Mit anderen Worten, Staaten wie Haiti oder Lesotho haben nur ein vergleichsweise geringes BIP, wovon sie dann auch nur einen sehr geringen Teil für ihr Militär ausgeben. Gleichzeitig genügen die verbleibenden Ressourcen absolut gesehen aber nicht, um hinreichende Standards bei der Gesundheitssicherheit zu erreichen.

Dies deckt sich mit einem früheren Befund zum Zusammenhang zwischen Militarisierung und staatlicher Fragilität, wonach es sich bei den besonders gering militarisierten Staaten überwiegend um sogenannte *low-capacity states* handelt \ > Globaler Militarisierungsindex 2019. Das sind Staaten, die nur begrenzt öffentliche Dienstleistungen zur Verfügung stellen können.

Tabelle 5
Militarisierung und Gesundheitssicherheit
30 niedrigst militarisierte Länder (Platz 122–151)

Bestens vorbereitet (<i>most prepared</i>)	0
Stärker vorbereitet (<i>more prepared</i>)	20
Gering vorbereitet (<i>least prepared</i>)	10
Durchschnittswert GHS Index	38,2

Das bedeutet allerdings nicht, dass hohe Militarisierung im Hinblick auf Gesundheitssicherheit völlig unproblematisch oder sogar erstrebenswert wäre. Werfen wir nämlich auch noch einen Blick auf die **Länder mit einem mittleren Militarisierungsgrad**, stellen wir fest, dass es gerade diese Gruppe ist, die beim Abgleich mit den GHS Werten am besten abschneidet. So befinden sich unter den dreißig Ländern auf den GMI-Plätzen zwischen 61 und 90 sieben Staaten, die laut GHS Index zu den *most prepared* zählen: die Schweiz (Platz 63), Australien (Platz 65), Frankreich (Platz 66), Schweden (Platz 68), Dänemark (Platz 70), Slowenien (Platz 72) und Großbritannien (Platz 77). Und obwohl zu dieser Gruppe auch acht Länder zählen, die der GHS Index als *least prepared* einstuft, liegt der durchschnittliche GHS Index-Wert mit 48,4 Punkten über dem Durchschnittswert der Gruppe der 30 am höchsten militarisierten Länder. Dies gilt zudem nicht nur für den Gesamtwert des GHS Index. Die Länder auf GMI-Platz 61-90 liegen auch in allen sechs Teilkategorien des GHS Index (*Prevention, Detection and Reporting, Rapid Response, Health System, Compliance with International Norms und Risk Environment*) im Durchschnitt über den 30 höchst militarisierten. Es ist also - bei aller Vorsicht, die bei einem solch cursorischen Datenabgleich geboten ist - zumindest möglich, dass die hohen

Investitionen ins Militär in einigen der besonders hoch militarisierten Länder wie beispielsweise Russland, Griechenland oder einigen Ländern des Nahen und Mittleren Ostens auch zu Lasten der Gesundheitssicherheit gehen.

Tabelle 6
Militarisierung und Gesundheitssicherheit
30 Länder mit mittlerer Militarisierung (Platz 61–90)

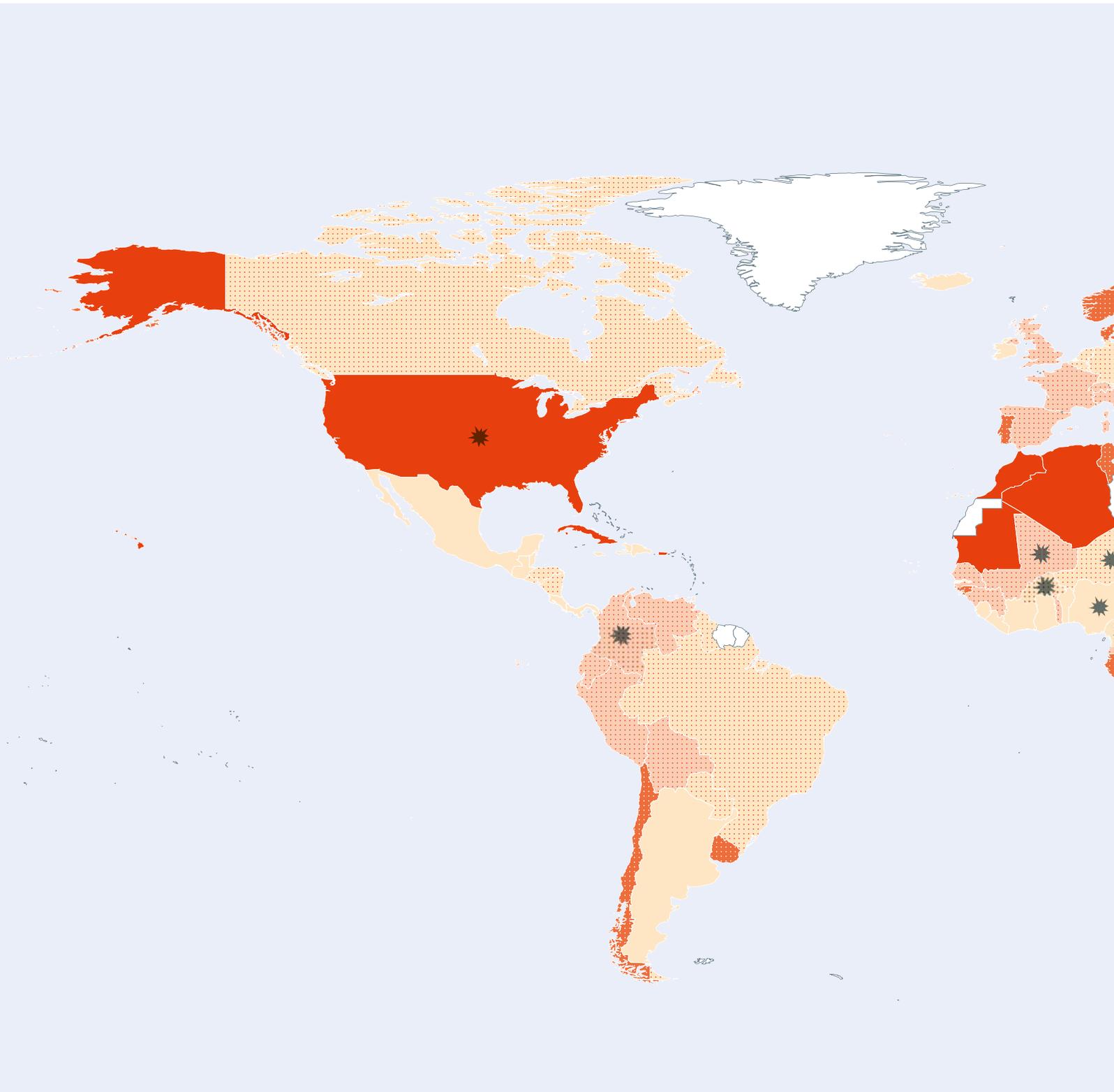
Bestens vorbereitet (<i>most prepared</i>)	7
Stärker vorbereitet (<i>more prepared</i>)	15
Gering vorbereitet (<i>least prepared</i>)	8
Durchschnittswert GHS Index	48,4

Schließlich stellt sich die Frage, welche Auswirkungen COVID-19 und insbesondere die ökonomischen Folgen dieser Krise auf die globale Militarisierung haben werden. Auch wenn die mittelbaren und unmittelbaren wirtschaftlichen Konsequenzen der Pandemie sich zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht absehen lassen, dürfte es nahezu sicher sein, dass die öffentlichen Haushalte in vielen Staaten in Folge neu aufgenommener Schulden zur Bekämpfung der wirtschaftlichen Folgen in den kommenden Jahren unter starken Druck geraten werden. Dies dürfte auch für die Militärausgaben nicht ohne Auswirkungen bleiben. Zwei Szenarien sind denkbar: Im ersten Szenario kommt es sogar zu einem Anstieg der Militarisierung, weil durch die wirtschaftlichen Folgen von COVID-19 die volkswirtschaftliche Leistung (gemessen über das BIP) proportional stärker sinkt als die Militärausgaben. Im zweiten Szenario ist es genau umgekehrt und die Militärausgaben sinken stärker als das BIP, was zu einem Rückgang der Militarisierung führt. Welches der beiden Szenarien eintritt, dürfte nicht zuletzt auch davon abhängen, ob die Sparzwänge der öffentlichen Hand zu einer tatsächlichen Verschiebung der politischen Prioritäten führen und Gesundheitspolitik und die Vorsorge gegen zukünftige Bedrohungen der Gesundheitssicherheit Vorrang gegenüber der Verteidigungspolitik bekommen.

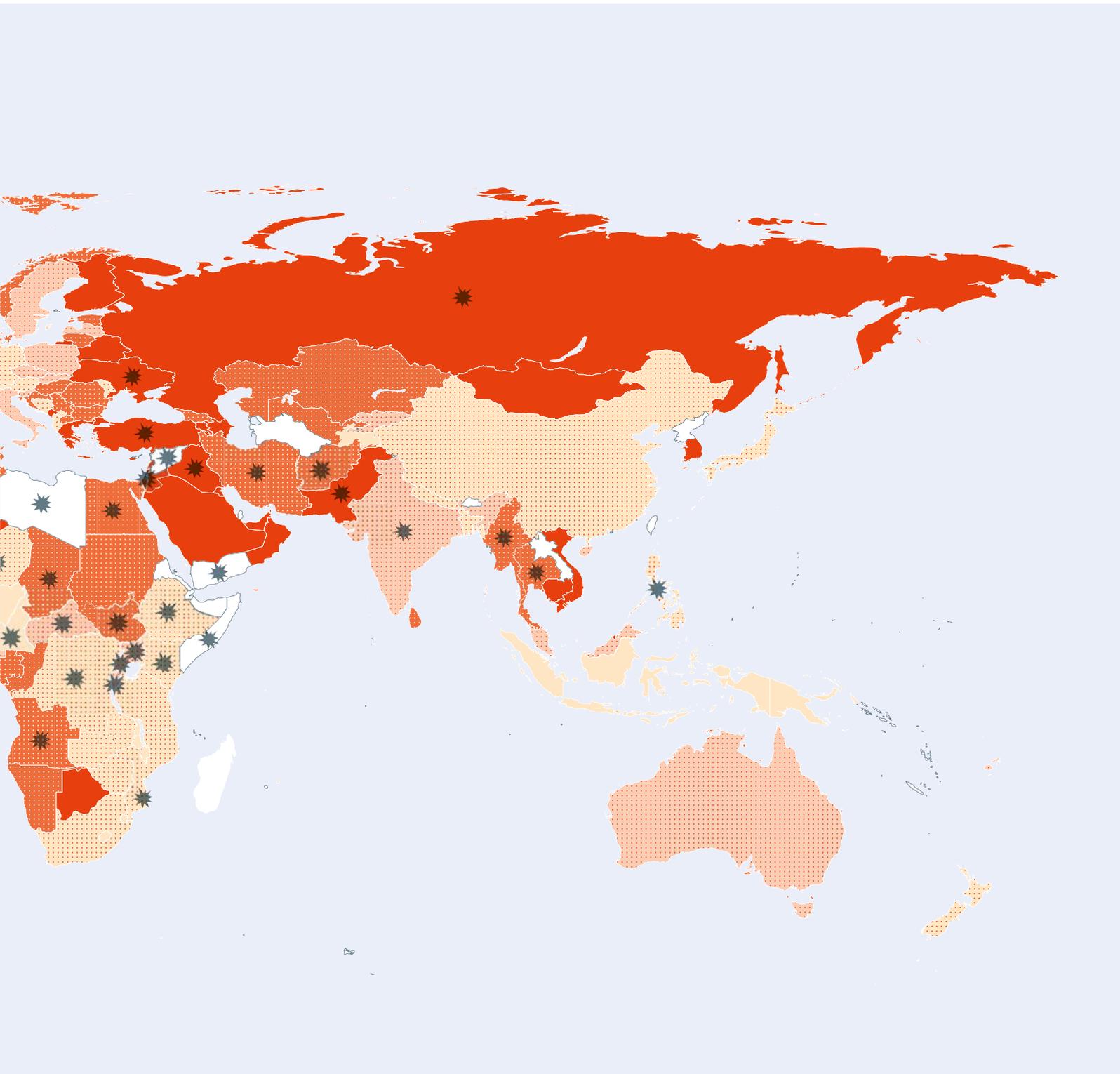
Darstellung und Gebrauch von Staats- oder Gebietsgrenzen und geografischen Namen auf dieser Karte sind nicht zwingend als offizielle Billigung oder Anerkennung seitens des BICC zu verstehen.

Karte 1

Übersicht GMI-Ranking weltweit



Quelle Konfliktdaten: *UCDP/PRIO Armed Conflict Dataset* Quelle administrative Grenzen: *Natural Earth Dataset*



■ Platz 1-30 ■ Platz 31-60 ■ Platz 61-90 ■ Platz 91-120 ■ Über Platz 120
□ Keine Daten verfügbar ★ Beteiligung als Hauptakteur in bewaffneten Konflikten 2019

MILITARISIERUNGSINDEX RANKING

Platz	Land	45 Norwegen	90 Malaysia	135 Irland
1	Israel	46 Polen	91 Bosnien und Herzegowina	136 Dominikanische Rep.
2	Armenien	47 Tunesien	92 Niederlande	137 Nigeria
3	Oman	48 Tschad	93 Belgien	138 Mexiko
4	Bahrain	49 Republik Kongo	94 Nicaragua	139 Ghana
5	Singapur	50 Usbekistan	95 Kanada	140 Madagaskar
6	Saudi-Arabien	51 Chile	96 Tansania	141 Liberia
7	Brunei	52 Südsudan	97 Burkina Faso	142 Papua-Neuguinea
8	Russland	53 Gabun	98 China	143 Cabo Verde
9	Kuwait	54 Sudan	99 Moldawien	144 Trinidad und Tobago
10	Jordanien	55 Kirgisistan	100 El Salvador	145 Mauritius
11	Libanon	56 Guinea-Bissau	101 Österreich	146 Malta
12	Griechenland	57 Afghanistan	102 Guyana	147 Sierra Leone
13	Zypern	58 Thailand	103 Albanien	148 Panama
14	Korea, Republik	59 Portugal	104 Luxemburg	149 Costa Rica
15	Algerien	60 Kasachstan	105 Nepal	150 Island
16	Aserbaidschan	61 Kolumbien	106 Deutschland	151 Haiti
17	Belarus	62 Togo	107 Honduras	
18	Irak	63 Schweiz	108 Simbabwe	
19	Montenegro	64 Slowakei	109 Neuseeland	
20	Türkei	65 Australien	110 Brasilien	
21	Kambodscha	66 Frankreich	111 Niger	
22	Ukraine	67 Burundi	112 Bangladesch	
23	Marokko	68 Schweden	113 Südafrika	
24	Botswana	69 Lettland	114 Äthiopien	
25	Kuba	70 Dänemark	115 Mosambik	
26	Pakistan	71 Mali	116 Kongo, Demokratische Rep.	
27	USA	72 Slowenien	117 Paraguay	
28	Mongolei	73 Guinea	118 Japan	
29	Finnland	74 Peru	119 Kenia	
30	Mauretanien	75 Fidschi	120 Sambia	
31	Ägypten	76 Bolivien	121 Jamaika	
32	Litauen	77 Vereinigtes Königreich	122 Argentinien	
33	Namibia	78 Ungarn	123 Indonesien	
34	Estland	79 Uganda	124 Malawi	
35	Iran	80 Äquatorialguinea	125 Benin	
36	Rumänien	81 Indien	126 Elfenbeinküste	
37	Georgien	82 Ruanda	127 Gambia	
38	Serbien	83 Venezuela	128 Philippinen	
39	Uruguay	84 Senegal	129 Belize	
40	Bulgarien	85 Spanien	130 Kamerun	
41	Sri Lanka	86 Ecuador	131 Seychellen	
42	Mazedonien	87 Zentralafrikanische Rep.	132 Guatemala	
43	Angola	88 Italien	133 Lesotho	
44	Kroatien	89 Tschechische Republik	134 Timor-Leste	

**bicc **

Internationales Konversionszentrum Bonn
Bonn International Center for Conversion GmbH

Pfarrer-Byns-Straße 1, 53121 Bonn, Germany
+49 (0)228 911 96-0, Fax -22, bicc@bicc.de

www.bicc.de
www.facebook.com/bicc.de
twitter.com/BICC_Bonn



Wissenschaftlicher Direktor
Professor Dr. Conrad Schetter

Kaufmännischer Geschäftsführer
Michael Dedek

AUTOREN

Dr. Max Mutschler

Wissenschaftlicher Mitarbeiter des BICC

Marius Bales

Wissenschaftlicher Mitarbeiter des BICC

REDAKTION

Susanne Heinke

SONSTIGE MITARBEIT

Rolf Alberth, Stella Hauk, Susanne Zacharias

LAYOUT

kipconcept gmbh, Bonn

EDITORIAL DESIGN

Diesseits - Kommunikationsdesign, Düsseldorf

REDAKTIONSSCHLUSS

25. November 2020

ISSN (Print) 2522-2015

ISSN (Online) 2521-7844



This work is licensed under a Creative Commons Attribution-NonCommercial-NoDerivs 3.0 Unported License;
[cf.creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/](http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/)



bicc Bonn
International Center
for Conversion \